



PRESSEMITTEILUNG DES BUNDESVERBANDES SOLARWIRTSCHAFT

Neue Netzentgeltpläne gefährden Ausbau der Solarenergie

Berlin, 28.05.2026 – Die Solarbranche warnt davor, Betreiberinnen und Betreiber von Solarstromanlagen künftig übermäßig an den Kosten für Erhalt und Ausbau der Stromnetze zu beteiligen. Die gestern veröffentlichten Pläne der Bundesnetzagentur könnten den Ausbau der Photovoltaik (PV) deutlich bremsen, erklärt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) und fordert Nachbesserungen.

Kritisch bewertet der Verband insbesondere die geplante Erhöhung des Grundpreises für typische Selbstnutzer von Solarstrom im Heimsegment – sogenannte „Prosumer“. Sie könnten nach Berechnungen des BSW-Solar bis zu 150 Euro im Jahr betragen.

Dies belastet Solaranlagenbetreiber erheblich und schaffe zudem keine Anreize für einen netzdienlichen Einsatz von Batteriespeichern. Mit deren Hilfe entsteht durch Solardächer kein zusätzlicher Netzausbaubedarf. Kommen elektrische Verbraucher wie E-Autos oder Wärmepumpe zum Einsatz könne durch die Nutzung von Solaranlagen und Batteriespeicher die bestehende Netzinfrastruktur sogar effizienter genutzt werden und der Netzausbaubedarf durch Prosuming reduziert werden. Dies belegt eine [Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin](#), die vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wurde.

Besonders problematisch seien die Pläne vor dem Hintergrund, dass die Kosten für Betreiber von Solaranlagen bereits durch andere regulatorische Vorgaben gestiegen seien – etwa durch die verpflichtende Beteiligung an den Kosten intelligenter Messsysteme und die bereits gestrichene Vergütung zu Zeiten negativer Strompreise. Zugleich machten die aktuellen Vorschläge der Bundesnetzagentur deutlich, dass keine zusätzlichen Belastungsspielräume mehr für weitere Einschnitte bei der Wirtschaftlichkeit neuer Solaranlagen bestünden.

Vor diesem Hintergrund kritisiert der BSW-Solar erneut die Überlegungen des Bundeswirtschaftsministeriums, die Einspeisevergütung für neue Solarstromanlagen auf Gebäuden ab 2027 weiter zu reduzieren oder ganz abzuschaffen und Betreiber kleiner Solardächer in die absehbar unwirtschaftliche und unpraktikable Direktvermarktung zu drängen.

Auch für den Ausbau von Solarstromanlagen auf Freifläche sind nach den Plänen der Bundesnetzagentur und Bundesregierung deutliche Kostenbelastungen und Kostenrisiken vorgesehen, die Projekte verteuern und damit den Förderbedarf eher erhöhen werden.

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de



„In der Summe besitzen diese Maßnahmen das Potenzial, den dringend benötigten Ausbau der Solarenergie in Deutschland massiv auszubremsen. Dies widerspricht klar dem Bürgerwillen und den vereinbarten Regierungszielen“, erklärt Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar.

Die Interessenvertretung der Solar- und Batteriespeicherbranche appelliert an die Bundesnetzagentur und Bundesregierung, Anpassungen an der Netzentgelt- und Förderstruktur mit Augenmaß vorzunehmen, besser aufeinander abzustimmen und systemdienliches Verhalten konsequent zu belohnen.

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de